

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten  
frei im Haus monatlich 2,50 Mark;  
bei der Geschäftsstelle abgebolt monatlich 2,40 Mark; bei der Post  
behaftet vierteljährlich 9,00 Mark,  
monatlich 8,00 Mark. — Abnahme  
beständig.

Telegraphischer Anschluss Nr. 53.

Telegraphischer Anschluss: Auergebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 260

Montag, den 7. November 1921

16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichsbanknotenumlauf ist auf 91 1/2 Milliarden, d. h. um 3,4 Milliarden gegenüber der Vorwoche gestiegen, während der Goldbestand der Reichsbank unter eine Milliarde gesunken ist.

Der Dollar ist nach kurzer Senkung auf 248 gestiegen und mit ihm sind selbstverständlich alle Westdevisen erheblich in die Höhe gestiegen.

Das Reichsgericht hat gegen die wegen Beteiligung am Kapp-Putsch Angeklagten v. Jagow, von Wangenheim und Dr. Schiele Termin für den 7. Dezember in Aussicht genommen.

Die Bewohner von elf Dörfern in der vertriebenen Kriegszone sind mit dem Aufbau durch deutsche Arbeiter einverstanden.

Wegen des französisch-italienischen Abkommens will England offiziell Protest erheben.

### Gegen Deutschlands Ausverkauf.

Der katastrophale Niedergang der deutschen Wirt hat eine sehr unklare Folge gezeitigt: Zahllose Ausländer haben sich die Entwertung des deutschen Geldes zunutze gemacht; sie überfluten in Scharen Deutschland und suchen alle nur erdenklichen Waren zu den für sie lächerlich niedrigen Preisen zu erwerben. Deutschland ist auf dem besten Wege, billiger auszuverkaufen zu werden. Klaviere, Teppiche, alle Waren des täglichen Bedarfs, vor allem aber Textilien und Schuhe, werden von den valutarstarken Ausländern, zum Teil in großen Mengen, erworben. Hand in Hand damit geht die vermehrte Kaufkraft im Inland, verursacht durch die Besorgnis vor weiteren Preissteigerungen. Ueberall macht sich seit kurzem Warenmangel bemerkbar. In den Großstädten haben bereits Manufakturen und Spezial-Großgeschäfte ihre Räume wegen Warenmangels geschlossen.

Die Regierung hat diese Vorgänge, die sich in Deutschland ja nicht zum ersten Mal, aber gegenwärtig in einem für die deutsche Wirtschaft unheilvollem Umfang abspielen, mit Besorgnis beobachtet und sucht dem Uebel, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, zu steuern. Freilich sind ihr, was die Angehörigen der ehemals feindlichen Länder anlangt, durch den Vertrag von Versailles insofern die Hände gebunden, als dieser vorsieht, daß Angehörige der Alliierten infolge legend einer deutschen Regierungsmassnahme nicht schlichter gestellt werden können, als die inländische Bevölkerung. Soweit aber diese Hemmung nicht besteht, wird zurzeit alles daran gesetzt, durch geeignete Mittel dem Ausverkauf Deutschlands zu Weh zu tun.

Vor allem soll die zurzeit unzulängliche Freiliste für die Ausfuhr einer eingehenden Revision unterzogen werden. Bisher fehlten alle Handhaben, die Ausfuhr in großem Maße zu verhindern, da es ja nur möglich war, die Ausfuhr derjenigen Waren zu kontrollieren, die nicht auf der Liste standen. Allerdings wird die Möglichkeit, den deutschen Export wieder in stärkerem Maße unter staatliche Kontrolle zu bringen, praktisch dadurch erheblich beeinträchtigt, daß das von der Entente bei Einführung der Sanktionen geschaffene Ein- und Ausfuhramt in Genuß, das für die Ausfuhrbewilligungen maßgebend ist, noch immer an seiner autonomen Stellung verbleibt. Solange hierin nicht eine Veränderung eintritt, können also alle deutschen Waren unbeschränkt ins besetzte Gebiet geschafft werden, von dem sie dann unter Mitwirkung des Ausfuhramts Genuß ins Ausland gehen. Es besteht nun die begründete Hoffnung, daß diese Verhältnisse sich spätestens gegen Ende des laufenden Jahres ändern werden und daß dann die deutsche Regierung die volle Herrschaft über die westliche Reichsgrenze wieder erlangt haben wird. Vorläufig wird versucht, durch Verhandlungen mit der Alliierten-Kommission, die sich besonders auf die Zulässigkeit von Valuta-Ausschlüssen für die Angehörigen der Entente-Kommissionen und die Befähigungstruppen im Weimarer Gebiet, die größten Schädigungen schon jetzt zu verhindern. In dieser Hinsicht haben die Vorschläge der deutschen Regierung keinen Erfolg gefunden. Die französische und belgische Regierung haben sich den Erwägungen nicht verschlossen, daß das unbeschränkte Verleihen deutscher Waren in ihre Länder die eigene Industrie und den eigenen Handel schädigt. Infolgedessen ist auch nach Vereinbarung mit den betreffenden Ländern am 29. Oktober eine Verordnung in Kraft getreten, nach der die Ausfuhr namentlich von Textilwaren im Kleinen Grenzverkehr im Bereich der Landesfinanzämter AMin, Münster, Hannover, Altona, Würzburg verboten wird. Darüber hinaus

soll versucht werden, in Verhandlungen mit der Kleinfeldkommission die Anerkennung gewisser Aus- und Einfuhrbeschränkungen auch im großen Grenzverkehr zu erreichen. Eine Anzahl von Textilien soll von der Freiliste gestrichen und ihre Ausfuhr verboten werden. Diefelben Zustände wie im Westen und Süden Deutschlands herrschen auch an der nördlichen Grenze, in Schleswig, vor. Hier sind aber die Verhältnisse noch komplizierter. Hart an der neuen schleswig-dänischen Grenze liegen nämlich einige größere Städte, z. B. Flensburg, die wirtschaftlich von jeher vollständig nach Norden orientiert waren, und deren Warenabnehmer jenseits der Grenze früher Deutsche waren. Die Flensburger Geschäftsleute haben auch bereits geltend gemacht, daß es für sie von größtem Schaden wäre, wenn ihre Geschäftsverbindungen mit den Einwohnern des ehemals deutschen, nunmehr dänischen Gebiets beschränkt würden. In der Tat erscheint es auch politisch nicht ratsam, die Einwohner dieser früher zu Deutschland gehörigen Gebiete durch allzu große handelspolitische Beschränkungen Deutschland zu entfremden.

Als weitere Maßnahme ist noch geplant, die den Geschäftsleuten der Grenzstädte zugestandenen, ursprünglich zur Erleichterung des Ausfuhrhandels bestimmten Sammelausfuhrbewilligungen von Waren, die nicht auf der Freiliste standen, wieder aufzuheben und die Ausfuhr jedes einzelnen Gegenstandes von einer Sonderbewilligung abhängig zu machen. Ueber hat sich auch der deutsche Käufer in letzter Zeit an dem Ausverkauf Deutschlands stark beteiligt. Er mußte sehen, wie die Lager der Geschäfte und Warenhäuser sich von Tag zu Tag mehr leerten, wie jeder Tag eine neue Entwertung der Mark mit sich brachte. Daß das deutsche kaufende Publikum aus diesem Grund sogenannte Kaufskäufe vornahm und lieber die augenblicklich hohen Preise zahlte, als in einigen Monaten womöglich noch höhere Summen für notwendige Anschaffungen anlegen mußte, ist an sich begreiflich. Der ungeheure Umfang dieser Angst- und Hamsterkäufe, wie wir sie neuerdings erleben, ist jedoch durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt. Die Bestattung des Preisniveaus ist unsterblich und oft überreichend, ebenso wie es die Schwankungen der Valuta sind. Ein Rückschlag ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, und schon diese Erwägung sollte hinreichen, um die ungebremste Kaufkraft des deutschen Publikums einzudämmen. Sie vollendet den Ausverkauf und befestigt ihn. Jeder nicht unbedingt nötige Einkauf vergrößert den Warenmangel, treibt die Preise weiter in die Höhe und fördert die Teuerung. Darüber sollte sich jeder Käufer im Inland im Klaren sein und diese Verteilung am Ausverkauf Deutschlands durch Inländer nicht durchzuführen.

### Das Kabinett der großen Koalition in Preußen.

Der Sozialdemokrat Frank Ministerpräsident.  
Zwischen den Fraktionen des preussischen Landtages ist eine Vereinbarung über die Zusammenlegung des preussischen Kabinetts zustande gekommen, wonach Otto Braun (Soz.) das Ministerium übernimmt. Die einzelnen Ressorts verteilen sich folgendermaßen:  
Dr. Wendorf (Dem.), Landwirtschaft;  
Severing (Soz.), Inneres;  
Siering (Soz.), Handel;  
Dr. Böhlig (DVP), Unterricht;  
Dr. von Richter (DVP), Finanzen;  
Dr. Am Jahnhoff (Ztr.), Justiz;  
Stegewald (Ztr.), Wohlfahrt.  
Die Annahme des Wohlfahrtsministeriums hat Stegewart jedoch noch nicht erklärt. Der Landtag hat in seiner Abend Sitzung am Sonnabend den Mehrheitssozialdemokraten Otto Braun mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Der Vorgänger Stegewart's ist sein Nachfolger geworden. Otto Braun ist also kein neuer Mann. Er war schon vor der Bereinigung des Kapp-Putsches an die Spitze des preussischen Staatsministeriums getreten, als die Minister Dirck, Heine und Südekum den Platz räumen mußten. Damals behielt er das Landwirtschaftsministerium als Ressort bei, das er schon seit März 1919 innehatte, obwohl die Angriffe der Reichsparteien von Tag zu Tag stärker wurden und ihm der Spitzname Minister gegen die Landwirtschaft angehängt wurde. Otto Braun sich dem Staatsdienst widmete, war er Redakteur und bekleidete zahlreiche Ehrenämter im kommunalpolitischen Leben. Seit 1913 gehörte er der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses an. Der Umstand, daß er sich auf agrarpolitischen Gebieten schriftstellerisch betätigt, bewirkt

daß ihn seine Partei für das Landwirtschaftsministerium geeignet befand. Zweifellos gehört er der schärferen Richtung in seiner Fraktion an, und der Widerstand der Parteien mag nicht klein gewesen sein, als ihnen im Laufe des Sonnabends der derzeitige Abgeordnete Braun präsentiert wurde, nachdem Veinert dankend abgelehnt hatte, die weil er vermutlich lieber Oberbürgermeister von Hannover bleibt. Durch die Wahl Brauns gewinnen die bereits veröffentlichten Richtlinien des Koalitionsprogramms erhöhte Bedeutung.

Die Meinung der Presse.  
Zur preussischen Kabinettsbildung begrüßt das Berliner Tageblatt das endliche Zustandekommen der großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie. Zweifellos werde sich nach diesem Vorbild auch im Reich eine gleichartige Koalition herausbilden müssen, um jene Stabilität und Homogenität zu schaffen, die allein eine Politik auf lange Sicht ermöglicht. — Der Vorwärts weist darauf hin, daß durch die überraschende Lösung der preussischen Krise die in der Deutschen Volkspartei vorhandene Spaltung offenbar geworden sei. — Germania hebt hervor, daß alle Kräfte der Krise von der Tatsache überstrahlt würden, daß die große staatspolitische Einsicht über die parteipolitischen Interessen einmal den Sieg davongetragen habe. — Der Lokalanzeiger vermag in der neuen Kabinettsbildung angesichts der Umstände, unter welchen sie sich vollzogen habe, und der schließlich sich ergebenden Personalverhältnisse mehr als ein gewagtes Experiment nicht zu erblicken. — Die Tägliche Rundschau spricht den Wunsch aus, die Deutsche Volkspartei möge in der großen Koalition nicht als Nachrad der Linken, sondern als Vorposten der Rechten wirken.

### Die Kreditbereitschaft der Industrie

Beisitz des Reichsverbandes.  
Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die am Sonnabend in Berlin abgehalten wurde, bot ein außerordentlich lebhaftes Bild. Es war von vornherein bekannt, daß starke Widerstände gegen die in München erklärte Bereitwilligkeit der Industrie als Kreditgrundlage dem Reich ihre Werte zur Verfügung zu stellen, sich geltend machen würden. In der sechsständigen, außerordentlich lebhaften Debatte trat dann diese Opposition auch stark hervor, an deren Spitze insbesondere der Abgeordnete Hugenberg und Dr. Silberberg, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, standen. Für die Durchführung einer Kreditaktion sprach auf Einladung der Leitung des Reichsverbandes Reichsverbandpräsident Hagenstein, dessen ernste Ausführungen auf die Versammlung ersichtlich starken Eindruck machten, und dessen Mitteilungen über die von ihm in London gepflogenen Verhandlungen nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis der Beratungen bleiben konnten. Nach schwerem Kampf gelang es schließlich, eine Einigung für die grundsätzliche Bereiterklärung für eine Kreditaktion zu erzielen. Diese Einigkeit findet in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution ihren Ausdruck:

Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit der Kredithilfe eingesetzten Ausschuss, der angemessen zu ergänzen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken die Verhandlungen zunächst mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reiches für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen: Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzpolitik auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich einleiten lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Beschränkungen und insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Beiträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehns ausreichen und die jetzt vorübergehend und freiwillig einwirkende Industrie entlasten. — Es wurde weiter beschlossen, daß, wenn ein fester Plan für die Durchführung der Kredithilfe vorliegt, eine Generalversammlung der Reichsverbandes der deutschen Industrie demü beauftragt werden soll.